

Die neue Elite : Naturwissenschaft zwischen Apparat und Autonomie

Autor(en): **Brämer, Rainer**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **7 (1985)**

Heft 25

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652844>

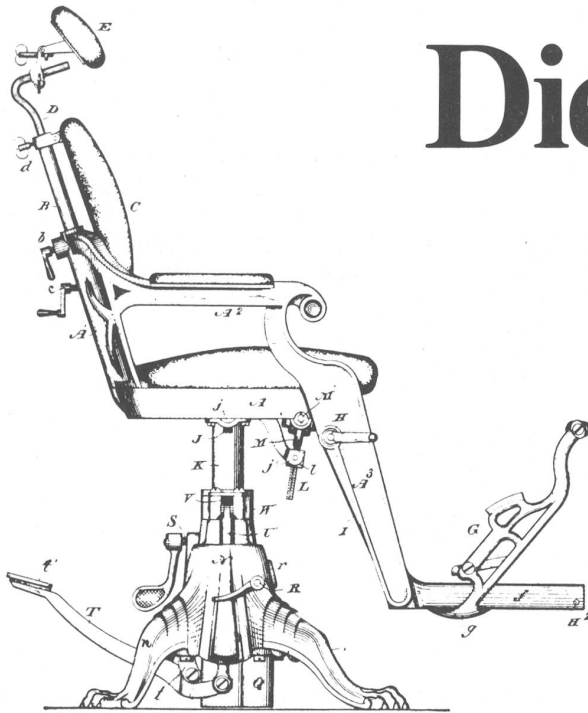
Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rainer Brämer



Die neue Elite

Naturwissenschaft zwischen Apparat und Autonomie

Der Aufstieg der Wissenschaft

Wenn man gestandene Naturwissenschaftler fragt, warum es ihre Wissenschaft fachlich wie gesellschaftlich so weit wie kaum eine andere gebracht hat, so beschränken sich die Antworten meist auf immanente Stichworte wie logisches Denken, experimentelle Methode, Exaktheit oder Objektivität. Daß die Wissenschaft ihre Prosperität nicht zuletzt auch einer außerordentlich geschickten Standespolitik verdankt, wird hingegen gern übersehen. Das fällt umso leichter, als es gerade die Behauptung der wissenschaftlichen Autonomie ist, die den Kern dieser Standespolitik ausmacht. Sie ermöglicht den Naturwissenschaftlern, sich unter nahezu allen Gesellschaftssystemen optimal zu entfalten, ohne sich damit politisch irgendwie festzulegen.

Nur wenn es gar nicht zu vermeiden war, hat sich die Wissenschaft auch schon mal auf vorübergehende politische Zugeständnisse eingelassen. Einschlägige Beispiele hierfür liefern die „revolutionären“ Anfangsphasen der nationalsozialistischen Diktatur und der stalinistischen Despotie. Das Streben der Naturwissenschaftler richtet sich aber auch und gerade dann mit aller Kraft auf die Wiederherstellung ihrer ursprünglichen Autonomie. Hilfestellung leistet ihnen dabei vor allem die Großindustrie und das Militär, denen sie sich denn auch immer dann besonders anzudienen pflegen, wenn es politisch brenzlich wird. Auf diese Weise hat der Wissenschaftlerstand noch den Untergang jedweden Systems, sei es Monarchie, Republik oder Diktatur, einigermaßen unbeschadet überstanden.

So war es auch im Deutschland der Nachkriegszeit. Frei von nennenswerten Schuldgefühlen konnten zumindest Physiker und Chemiker ihre Wissenschaft – zunächst meist in den Labors der Siegermächte, dann in den heimischen Instituten – neuen Ufern entgegenführen. In der Bundesrepublik wurden ihnen dabei außer der üblichen Mindestloyalität keine nennenswerten politischen Zugeständnisse abverlangt, was man dem

neuen System mit um so mehr Anhänglichkeit dankte. Die Situation in der DDR erschien dagegen zunächst weniger vielversprechend: Die Intelligenz war im Arbeiter- und Bauern-Staat nicht sonderlich gelitten, die stalinistische Philosophie versuchte sich nach sowjetischem Vorbild zu ihrem Vormund aufzuschwingen, und die rettenden Bündnispartner Großindustrie und Militär waren kaltgestellt.

Der Aufschwung in der DDR

Für diejenigen DDR-Wissenschaftler, die sich angesichts dieser Situation nicht für den Weg in den Westen entschieden, erwiesen sich indes die Dinge als längst nicht so heiß, wie sie gekocht wurden. Vielmehr wurde die mit Abwanderung drohende Intelligenz mit immer neuen „Intelligenzzulagen“ geködert, die Stalinisierung der Naturwissenschaft blieb (nicht zuletzt dank der '53er Arbeiterrevolte) in den Anfängen stecken, und mit der vom Gelehrtenverein zur zentralen Forschungsinstitution umfunktionierten „Deutschen Akademie der Wissenschaften“ erhielt man ein, sogar westliche Kollegen beeindruckendes, Aushängeschild. Überdies ließ die politische Führung die Naturwissenschaftler faktisch weitgehend nach ihren eigenen Vorstellungen arbeiten und gestattete ihnen sogar die Wiederbelebung ihrer alten Standesverbände.

Ernsthaft gefordert wurde die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz erst vom Beginn der sechziger Jahre an, als die ökonomische Rekonstruktion der DDR in etwa abgeschlossen war und die wirtschaftliche Expansion zunehmend aus qualitativen statt quantitativen Wachstumsquellen geschöpft werden mußte. Die in diesem Zusammenhang vorgenommene Reform des ökonomischen Systems brachte mit der tendenziellen Autonomisierung der Wirtschaft auch erstmals jene Technokraten-schicht zum Zuge, die für den Naturwissenschaftlerstand gewissermaßen als Ersatz für den alten Bündnispartner Großindu-

strie fungieren konnte. Zwar wurden Wissenschaft und Technik mehr und mehr in das wirtschaftliche Geschehen und die damit verbundene Planbürokratie einbezogen, was mancher stillen Elfenbeinforschung ihr längst befürchtetes Ende bereitete. Aber man gewann zugleich erheblich an gesellschaftlicher Bedeutung und war vor allem in den riesigen „Kombinaten“ mit Partnern konfrontiert, die gegenüber dem eigentlichen politischen Apparat zunehmend an Eigenständigkeit gewannen.

Mit dem Verlust des Elfenbeinturms war die Naturwissenschaft allerdings auch automatisch in eine stärkere Auseinandersetzung mit dem System gezwungen. Die Ausgangsposition hierfür, wie sie sich etwa Ende der siebziger Jahre darstellte, war durchaus ambivalent. Auf der einen Seite hatte die bürokratische Gängelei zugenommen, man mußte Pläne machen und über deren Erfüllung Rechenschaft ablegen, ökonomische Kriterien bestimmten mehr und mehr Art und Inhalt der Arbeit, und die ideologische Infiltration durch Parteigruppen, FDJ, Agitprop-Kampagnen und politische Schulungen (vor allem im Studium) schritten langsam aber stetig fort. Auf der anderen Seite wuchsen die Wissenschaftsetats, neue, immer größere Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen schossen wie Pilze aus dem Boden, in wissenschaftspolitischen und zunehmend auch allgemeinpolitischen Beratungsgremien war naturwissenschaftlich-technischer Sachverstand gefragt, eine umfassend inszenierte Wissenschaftspropaganda fiel bei der Bevölkerung zunächst auf fruchtbaren Boden, und der Hochschulnachwuchs floß vor allem den realistischen Wissenschaften zu.

In dieser Situation kommt nun der wissenschaftlich-technischen Intelligenz jene weltweite wirtschaftliche Krisensituation zugute, die auch die DDR nicht unberührt läßt, zumal sie in außergewöhnlicher Weise vom internationalen Rohstoffmarkt abhängt. Um nämlich den Ansprüchen einer weniger politisch engagierten als konsumorientierten (und hierin durch westdeutsche Einflüsse massiv bestärkten) Bevölkerung gerecht zu werden, ist die DDR-Wirtschaft gezwungen, einerseits den Rohstoffverbrauch ohne Wachstumseinbuße zu drosseln, andererseits auf dem Weltmarkt hinreichend Devisen für den auch dann noch unerläßlichen Import zu erwirtschaften. Sowohl für die Umstellung auf verbrauchsarme Produkte und Produktionsverfahren als auch für die Entwicklung von weltmarktfähigen Erzeugnissen ist man aber maßgeblich auf Wissenschaft und Technik angewiesen. Hieraus erklärt sich ganz wesentlich jene angesichts weltweiter Wissenschaftskritik nachgerade peinlich wirkende Hofierung der Wissenschaft in der DDR, derzufolge nicht nur das materielle Wohlergehen der Bevölkerung, sondern auch der Fortschritt des Sozialismus und dessen Überleben im weltweiten Kampf der System entscheidend von der Bewältigung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ abhängig ist.

Weltniveau und Bildungswende

Nach allem, was wir aus der Geschichte wissen, ist klar, daß sich die hofierten Wissenschaften nicht die Gelegenheit entgehen lassen werden, aus einer derartigen fortschrittspolitischen Festlegung von Staat und Partei standespolitisches Kapital im Sinne der Einforderung von mehr Autonomie und Privilegien zu schlagen. Das kann freilich nicht in direkter Konfrontation mit der politischen Führung geschehen. Man bedient sich vielmehr (wie üblich) ebenso unverfänglicher wie suggestiver Sachzwangargumente, wobei die Argumentationslinie an der gegenwärtigen Schwachstelle des Systems, der internationalen ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, ansetzt und gera-

Ein hervorragender Wissenschaftler des Volkes

Peter Adolf Thießen

„Deutsche Karrieren“ aus dem Nazistaat (Vgl. WW 4 zum Faschismus, S. 13) führten auch in die DDR – allerdings mit Umweg über die Sowjetunion. Wo es um militärische und politische Macht geht, braucht man eben die Lieferanten der Machtwerkzeuge.



- 1899 wurde Peter Adolf Thießen geboren.
Er studierte Chemie, wurde Privatdozent und außerordentlicher Professor in Göttingen. Der NSDAP war er so früh beigetreten, daß er das goldene Parteiabzeichen bekam. In Göttingen arbeitete er eng mit dem Chemiker und Parteifunktionär Rudolf Mentzel zusammen.
- 1933 trat der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für physikalische Chemie mit seinen Abteilungsleitern zurück, als jüdische Mitarbeiter entlassen werden sollten. Mentzel und Thießen bekamen beide Abteilungsleiterstellen. Mentzel wechselte ins Erziehungsministerium und wurde zum wichtigsten Mann in der Abteilung Wissenschaft. Thießen bekam
- 1935 den Direktorposten im KWI. Mentzel und Thießen teilten sich die Wohnung des emigrierten KWI-Direktors Fritz Haber. Mentzel wurde
- 1936 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Als
- 1937 der Reichsforschungsrat gegründet wurde, woran Thießen nicht unwesentlichen Anteil hatte, wurde dieser Leiter der Fachsparte „Chemie und organische Werkstoffe“. Im
- Zweiten Weltkrieg war die Chemie der bestorganisierte Bereich von Forschung und Entwicklung. Die Organisation besorgte der „Chemiestab“: Thießen, der IG Farben Chef und Generalbevollmächtigte Görings für Fragen der chemischen Erzeugung Carl Krauch und Walther Schieber, Leiter der „Reichsfachgruppe Chemie“ und Vorstandsvorsitzender mehrerer Zellstoff-Fabriken. Mentzel, inzwischen SS-Brigadeführer, leitete weiterhin die DFG.
- 1945 ging Thießen freiwillig in die Sowjetunion, wo er mit einer größeren Gruppe deutscher Wissenschaftler im sowjetischen Atomprogramm arbeitete. Er wurde vielfach ausgezeichnet:
- 1951 Stalinpreis erster Klasse,
1956 Orden des roten Arbeitsbanners und Staatspreis.
1956 kehrte er in die DDR zurück, wurde Professor der Chemie an der Berliner Universität. Er wurde
- 1957 Vorsitzender des Forschungsrats beim Ministerrat der DDR; seit 1965 ist er Ehrenvorsitzender.
- 1958 Nationalpreis 1. Klasse,
1959 Vaterländischer Verdienstorden in Gold und Ehrendoktor der Universität Greifswald. Seit
- 1960 für drei Jahre Mitglied des Staatsrates der DDR.
1964 „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ und Emeritierung.–
Thießen lebt heute in einer Villa am Rande der Hauptstadt der DDR und arbeitet noch in seinem Institut.

dewegs auf jenen Bereich zielt, in dem die Wissenschaft bereits über eine beträchtliche Hausmacht verfügt: das Bildungssystem.

Um nämlich, so das bereits angesprochene Klischee, auf dem „internationalen Markt“ konkurrenzfähig zu werden, müssen sich die angebotenen Produkte durch wissenschaftlich-technisches „Weltniveau“ ausweisen. Dieses aber sei nur durch wissenschaftlich-technische „Spitzenleistungen“ zu erreichen, die ihrerseits wiederum die bewußte Protegierung ebensolcher „Spitzenbegabungen“ zur Voraussetzung hätten. Auslese und Förderung derartiger Begabungen schließlich sei vorrangig die Aufgabe des Bildungswesens, so daß also dessen Fähigkeit, eine neue wissenschaftlich-technische Elite hervorzubringen, wesentlich über das Wohl und Wehe der Gesamtgesellschaft entscheide.

Daß hier wieder einmal das Bildungssystem erhalten muß, um eigentlich gesellschaftliche Probleme zu lösen, deutet darauf hin, daß sich dahinter ein Konflikt verbirgt, der sich in der unmittelbaren politischen Artikulation angesichts des dort gültigen sozialistischen Harmoniegebots nicht austragen läßt. Und in der Tat verbirgt sich hinter der geforderten Ausrichtung des Bildungssystems auf die optimale Ausschöpfung aller Talente und Begabungen eine brisante politische Wende. Denn nicht mehr die dem sozialistischen Egalisierungspostulat entsprechende Vermittlung einer einheitlichen, allseitigen Bildung und Erziehung „für alle Kinder des Volkes“, sondern eine neue soziale Differenzierung mit dem erklärten Ziel einer einseitigen Privilegierung des wissenschaftlich-technischen Intelligenznachwuchses steht auf der Tagesordnung.

Noch ist über diese, in der öffentlichen Debatte stark heruntergespielte Revision des bisherigen Homogenisierungsanspruch, nicht endgültig entschieden. Aber die Chancen für die (bildungs)politische Wende stehen nicht schlecht, zumal speziell die naturwissenschaftliche Intelligenz als ideologischer Vorreiter des Elitekonzepts bereits über einschlägige Kampferfahrungen verfügt. Schon in den 60er Jahren nämlich war es ihr in einer ähnlichen wirtschaftlichen Krisensituation mit dem Hinweis auf die Innovationspotenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution gelungen, nicht nur den Stundenumfang ihrer Schulfächer auf ein zuvor nie gekanntes (und im Westen bis heute nicht erreichtes) Niveau zu schrauben, sondern darüber hinaus mit der Einrichtung sogenannter wissenschaftlich-technischer „Spezialschulen“ bzw. „Spezialklassen“ regelrechte Standeschulen zu etablieren. Die Leitung dieser Schulen liegt ebenso wie die Auswahl und Anleitung ihrer Lehrer und Schüler weitgehend in der Hand wissenschaftsintensiver Großbetriebe bzw. Hochschulsektionen, denen sie auch organisatorisch angeschlossen sind. Ihre „hochbegabten“ Schüler erhalten zumeist von Klasse neun an einen umfangreichen Zusatzunterricht in bestimmten betriebs- bzw. sektionsrelevanten „Spezialfächern“ mit dem Erfolg, daß sie den Kampf um die Siegerplätze der zahlreichen mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Jugendwettbewerbe der DDR tatsächlich unter sich auszumachen pflegen. Aus den mehreren hundert jährlichen Absolventen dieser Eliteeinrichtungen können nicht nur die Pateninstitutionen, sondern die betroffenen Fachdisziplinen als ganze ihren Spitzenkaderbedarf decken.

Naturwissenschaftliche Elite-Bildung

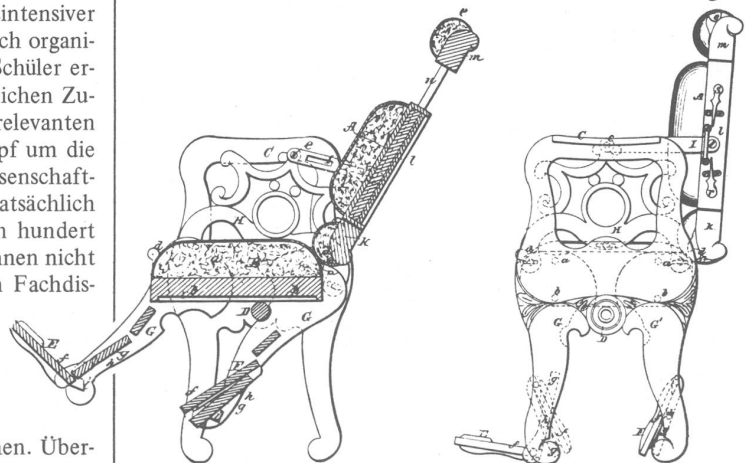
Das aber scheint gegenwärtig nicht mehr auszureichen. Überall in Schule und Hochschule, in Freizeit und Beruf werden Förderung und Auslese wissenschaftlich-technischer „Spitzenbegabungen“ intensiviert. Das beginnt mit dem bewußten Einsatz wissenschaftspropädeutischer Spiele in der Vorschule,

setzt sich in einem ständig erweiterten Angebot wissenschaftlich-technischer Arbeitsgemeinschaft bzw. „fakultativer Kurse“ in der Pflichtschule fort und findet in der Abiturstufe mit dem „fakultativen Unterricht“ und der sogenannten „wissenschaftlich-praktischen Arbeit“ in wissenschaftlichen Abteilungen und Labors von Großbetrieben und Hochschulen ihren lehrplanmäßigen Abschluß. Daneben werden den Jugendlichen eine Fülle außerunterrichtlicher Veranstaltungen wie Tage und Wochen der Wissenschaften, Experimentiernachmittage, Vorträge und Ausstellungen, Exkursionen in Museen, Betriebe und wissenschaftliche Einrichtungen sowie Wettbewerbe aller Art offeriert, von der ständigen Einrichtung sogenannter „Knobecken“ und „wissenschaftlich-technischen Kabinette“ ganz zu schweigen.

Dienen diese schulischen Angebote – abgesehen von der allgemeinen Förderung – der „Liebe zur Wissenschaft“ zum Teil noch der Neigungsdifferenzierung, so geht es bei den außerschulischen Veranstaltungen auf diesem Gebiet meist gezielt um das Finden und Fördern zukünftiger Hochleistungswissenschaftler. Das gilt insbesondere für die mittlerweile auch international Anklang findenden Olympiaden, jene mehrere Ausleseebenen umfassenden lerntechnischen Materialschlachten, bei denen die Übernahme der zweifelhaften Methoden sportlichen Elitedrills am weitesten fortgeschritten ist. Nicht weniger anspruchsvoll sind die auf nationaler Ebene verbleibenden wissenschaftlichen Wettbewerbe der PH Güstrow oder auch die Ausschreibungen von „Schülerpreisen“ durch wissenschaftliche Gesellschaften.

Um die bei derlei Wettbewerben entdeckten Talente dauerhaft bei der Stange zu halten, stehen neuerdings nicht mehr nur die „Stationen junger Techniker und Naturforscher“ der Jugendorganisationen sowie diverse Spezialistenklubs, sondern auch sogenannte „Schülerakademien“ und „wissenschaftliche Schülergesellschaften“ bereit, die besonders talentierten Schülern gewissermaßen einen Vorschuß auf ihre spätere Standeswürde gewähren. Und damit auch in der schulfreien Zeit die zukünftige Wissenschaftselite nicht aus dem Tritt kommt, wird ihr von Großbetrieben und Hochschulen in sogenannten „Spezialistenlagern“ eine ebenso attraktive wie fachgerechte Ferienalternative geboten.

Wenn auch die wissenschaftlichen Standesverbände bei all diesen Aktivitäten mehr oder weniger die Hand im Spiel haben, so liegt doch die Hauptlast der massenhaften Talentsuche und -förderung bei den Naturwissenschaftspädagogen. Diese nehmen die meist zusätzliche Arbeit indes durchaus nicht ungerne



in Kauf, stellt doch für sie die materielle oder ideologische Zu- arbeit für die Wissenschaft oft die einzige Möglichkeit dar, sich wenigstens partiell der ihnen von der Bildungsbürokratie zu-

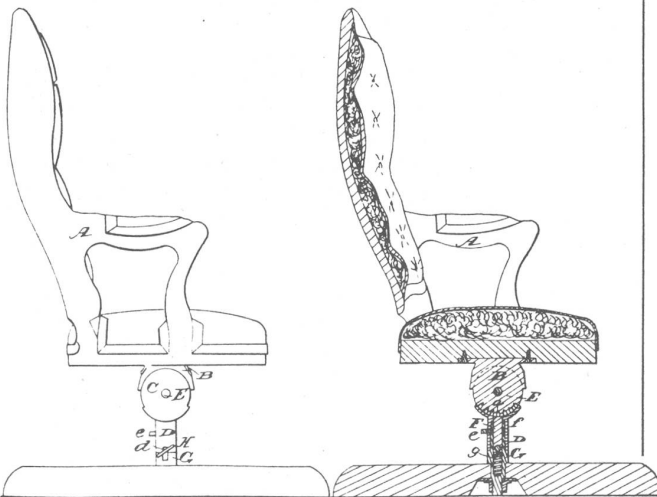
gewiesenen Rolle als schulische Indoktrinations- und Vollzugsbeamten zu entziehen. Wenn die wissenschaftlichen Ständesverbände diesem fachwissenschaftlichen Professionalisierungsbedürfnis gerade jetzt verstärkt Rechnung tragen, indem sie ihre vormaligen Bildungskommissionen zu eigenständigen Fachverbänden aufwerten und den Naturwissenschaftslehrern als „wissenschaftliche Heimstatt“ offerieren, dann ist der Zusammenhang mit der laufenden Elitekampagne unübersehbar.

Widersprüche

Der Eindruck, daß es bei der Elitedebatte hintergründig um etwas ganz anderes als das allseits beschworene Wohl des Sozialismus geht, verstärkt sich, wenn man die Argumente und Maßnahmen zur Effektivierung der Begabungsförderung auf ihre Stichhaltigkeit überprüft. Dabei stellt man nämlich unter anderem fest, daß es bislang keinerlei empirischen Hinweis oder gar Nachweis gibt, daß das DDR-Bildungssystem in der Vergangenheit nicht hinreichend viele und gute Nachwuchskader geliefert hat. Wenn dennoch immer wieder über mangelnde „Spitzenleistungen“ geklagt wird, so scheint der Grund dafür denn auch weniger im Bildungssystem als im Wissenschaftssystem selber zu liegen.

Schaut man sich daher die Organisation der Wissenschaften näher an, so fällt ins Auge, daß sie infolge ihrer hochgradig arbeitsteiligen Verapparatisierung in der Tat kaum noch Raum für die Entfaltung individueller Spitzenbegabungen läßt. Im Zeitalter der „big science“ kommt es vor allem auf die Zusammenarbeit der Beteiligten und die Einpassung des Einzelnen in sein Team an, das seinerseits in einem komplex abgestimmten Forschungs- und Entwicklungsprozeß nach genau spezifizierten Vorgaben arbeitet. Geniale Einzelgänger erweisen sich hierbei im Schnitt eher als Störfaktoren. Das aber heißt, daß die Zielprojektionen der Elitedebatte insbesondere in einem solch durchgeplanten und -organisierten Wissenschaftssystem wie dem der DDR mehr oder weniger unrealistisch bzw. überholt sind.

Aber nicht nur von ihren Begründungen und Zielen, auch von ihren Wirkungen her erweisen sich die elitebildenden Maßnahmen keineswegs als widerspruchsfrei. So nehmen Spezialschüler zwar in allen nationalen Wissenschaftswettbewerben die Spitzenplätze ein, aber ob sie später dann auch im Beruf Spitze



sind, ist durchaus umstritten; man sagt ihnen in der DDR eher die Mentalität von routinierten Wissenschaftsbeamten mit hohem Anspruchsdenken nach. Sehr begrenzt ist auch der Effekt

der DDR-Investitionen in Auslese und Training der Naturwissenschaftsolympioniken: Im internationalen Wettbewerb belegen die DDR-Mannschaften in der Regel nur Mittelplätze, oft sogar weit abgeschlagen hinter der vergleichsweise zufällig zusammengewürfelten Konkurrenz aus der Bundesrepublik.

Im übrigen mehren sich in der DDR die Zweifel daran, ob olympische Erfolge tatsächlich wissenschaftliche Originalität und Schöpfertum oder nicht vielmehr lediglich außergewöhnliche repetitive Fähigkeiten ausweisen. Speziell die professionelle Wissenschaft scheint ihre Vorstellung von künftigen Elitewissenschaftlern eher in den Preisträgern von „Jugend forscht“ verwirklicht zu sehen, weshalb man die Ausschreibung von „Schülerpreisen“ seitens der wissenschaftlichen Berufsverbände wohl auch als bewußten Nachahmungsversuch des bundesdeutschen Wettbewerbs anzusehen hat. Doch auch hier lassen die Ergebnisse zu wünschen übrig: Der 1982 erstmals vergebene Schülerpreis der Physikalischen Gesellschaft etwa fand unter der DDR-Jugend trotz umfangreicher Hilfsangebote von pädagogischer und wissenschaftlicher Seite nur eine äußerst geringe Resonanz, und das Niveau der eingereichten Arbeiten (einschließlich der Preisarbeit) lag weiter unter dem vom westlichen Vorbild Gewohnten.

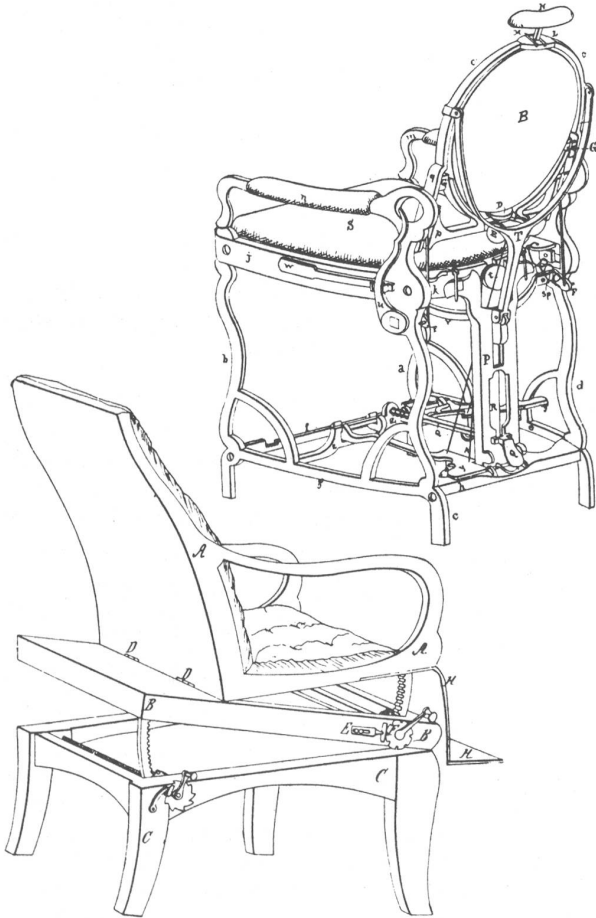
Bürokratisierung und Autonomie

Das Mißverhältnis von Aufwand und Ergebnis auf dem Gebiet der Begabungsförderung hat eine seiner wesentlichen Ursachen vermutlich im extrem reglementierten Paukbetrieb der DDR-Lernschule, der den Schülern für wirklich eigenständige Initiativen kaum Raum läßt und in erster Linie die Fähigkeit und Bereitschaft zu kognitiver Anpassung prämiert. Dahinter steht ein bürokratischer Plan- und Leistungsperfektionismus, der einer offenen, schöpferisch anregenden Gesellschafts- und Bildungsatmosphäre diametral entgegensteht. In Wissenschaftlerkreisen der DDR wird daher mittlerweile offen die Frage diskutiert, ob die Entfaltung von Begabungen statt der stromlinienförmigen Pöppelung jedes auch nur ansatzweise sichtbar werdenden Talents nicht vielmehr der persönlichkeitsfordernden Auseinandersetzung mit echten Problemen und Widerständen bedürfe. In der Tat scheint die frühzeitige Auslobung und Privilegierung potentieller Spitzenkader eher Selbstbewußtsein und Karrieredenken als Originalität und Forscherdrang zu fördern, und die Absonderung der zukünftigen Eliten in speziellen Klassen, Kursen, Klubs oder Lagern dürfte eher geistigem Konformismus als dem Willen zu Neuem Vorschub leisten.

Allerdings scheinen die Naturwissenschaftler gegen die bloße Absonderung ihres Kadernachwuchses keine Einwände zu haben. Ihre Kritik richtet sich vielmehr gegen die Bürokratisierung des Bildungs- und Ausleseprozesses und die damit verbundene Beschneidung individueller Entfaltungsfreiräume, wie überhaupt alle ihre Forderungen, seien sie nun stimmig oder nicht, stets auf die Schaffung von mehr Autonomie gegenüber dem System zielen. Von daher sind die Wissenschaftler auch unabhängig von irgendwelchen Bedarfsschätzungen und Tätigkeitsanalysen grundsätzlich für jede Eliteförderung, wobei sie allerdings jene Formen vorziehen, die ihren Nachwuchs dem (polit)bürokratischen Zugriff des Systems maximal entziehen. Eine analoge kritische Autonomisierung ihres Spitzennachwuchses gegenüber den kaum weniger dogmatisierten Norm- und Denkvorgaben der Wissenschaft ist dagegen durchaus nicht in ihrem Sinne.

Der Widerspruch zwischen politischer Distanzierung und wissenschaftlicher Bindung wird besonders deutlich in der Diskussion um die Förderung der sogenannten „Beststudenten“.

Denn einerseits will man die früheren Spezialschüler, Olympioniken, Preisträger usw. durch die Möglichkeiten zur Vereinbarung individueller Studienpläne aus dem verbürokratisierten Schulbetrieb der Universitäten und Hochschulen herauslösen, und die (u.a. unter dem Stichwort des „Fachidioten“ geführte) heftige Debatte über die Förderung einseitiger Begabungen läßt vermuten, daß es dabei nicht zuletzt auch um die Lockerung des politischen Bekenntnis- und Bewährungszwanges geht. Auf der anderen Seite sollen die begabtesten Studenten durch persönliche Betreuung oder gar durch die Einbindung in wissenschaftliche „Schulen“ (mit einem richtungweisenden Ordinarius an der Spitze einer Hierarchie paradigmatisch festgelegter „Schüler“) so früh wie möglich in die scientific community einbezogen werden, was der Neigung zu wissenschaftlicher Eigenständigkeit eher abträglich sein dürfte.



Standesprivilegien

Die Einforderung von mehr Autonomie für den wissenschaftlichen Nachwuchs bleibt also recht einseitig und deckt sich insoweit mit dem klassischen Autonomieanspruch des Wissenschaftlerstandes. Offenbar stellen die Beiträge der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zur Elitedebatte – und das würde ihre aufgezeigte Widersprüchlichkeit erklären – lediglich Projektionen der eigenen standespolitischen Wunschvorstellungen auf das Bildungssystem dar. Bestärkt wird dieser Verdacht durch das wiederholte Plädoyer für mehr Meinungsstreit im Studium oder die an Spitzenstudenten gerichtete Aufforderung zum systematischen Erwerb von Auslandserfahrungen, zielt doch beides auf die Beseitigung von Beschränkungen, die den Stand als ganzen in seiner Bewegungsfreiheit einengen. Auch die Feststellung, daß Spitzenleistungen nur dann gedei-

hen können, wenn sie hinreichende moralische und materielle Anerkennung durch die Gesellschaft erfahren, läßt sich unmittelbar als professioneller Wunsch nach noch mehr gesellschaftlicher und finanzieller Zuwendung interpretieren. Und schließlich ist klar, daß sich diejenigen, die sich für die Heranziehung einer neuen Elite starkmachen, in ihrem Selbstverständnis natürlich ihrerseits als Eliten empfinden müssen. Die Elitedebatte wertet also zuallererst die etablierte Wissenschaft selber auf, und tatsächlich lassen sich bereits die ersten Früchte dieser Selbstaufwertung ernten.

So hat sich die Entlohnung der DDR-Wissenschaftler und Techniker mit der „Pflichtenheftverordnung“ vom Dezember 1981 im beträchtlichen Maße nach oben aufdifferenziert. Neben den üblichen „leistungsgerecht“ zu vergebenden Jahresendprämien, Zielprämien, Anerkennungsprämien und sonstigen Zulagen gibt es seitdem sogenannte „aufgabengebundene Leistungszuschläge“, die indes nicht nach Maßgabe irgendeines nachträglichen Leistungsvergleichs, sondern im vorab, eben aufgabengebunden vergeben werden. Betroffen hiervon sind neben „allen Themen des Staatsplans sowie zur Sicherung der Landesverteidigung“ zahlreiche weitere „wichtige“ Aufgaben, die von den zu ihrer Bearbeitung auserwählten Wissenschaftlern lediglich plangemäß erfüllt werden müssen, um den Anspruch auf volle Leistungszuschläge zu rechtfertigen. Ergänzt wird diese materielle Stimulierung der Wissenschaftselite durch die gezielte Vergabe von betrieblichen und staatlichen Auszeichnungen, die bevorzugte Delegation zu Kongressen und Auslandsreisen, eine überproportionale Ausstattung mit Geräten und Hilfskräften, eine liberalere Arbeitszeit- und angenehmere Freizeitgestaltung, das Recht auf mehr forschungspolitische Mitsprache und anderes mehr. Alles, was in der Elitedebatte für den Nachwuchs reklamiert wurde, ist also mittlerweile für das wissenschaftliche Establishment schon zu haben.

Vorbereitet und untermauert wurde diese massive Privilegierung der neuen Wissenschaftselite durch eine schon seit Beginn der achtziger Jahre in der Öffentlichkeit geführte Diskussion, die den sozialen Homogenisierungsanspruch des Sozialismus außer Kraft zu setzen versucht. Zwar sei die zunehmende soziale Gleichheit aller Bürger nach wie vor das langfristige Ziel des Sozialismus, doch bedürfe es zu dessen Realisierung eines im Vergleich zu heute erheblich höheren ökonomischen Niveaus, das nur auf der Grundlage höchstentwickelter Wissenschaft und Technik zu erreichen sei. Das aber wiederum setze eine optimale Förderung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz voraus, die alle Möglichkeiten der materiellen und ideellen Stimulierung einschließen müsse. Die Dialektik der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Sozialismus gebiete sogar, (neue) soziale Unterschiede als Triebkräfte des wissenschaftlichen Fortschritts zu nutzen und insoweit kurzfristig eine erhöhte soziale Ungleichheit zugunsten der Intelligenz in Kauf zu nehmen, um langfristig den Abbau eben dieser Ungleichheit zu gewährleisten.

Es spricht vieles dafür, daß sich hinter dieser Gespensterdialektik letztlich jener „Abschied von der Arbeiterklasse“ verbirgt, den die westliche Linke schon im letzten Jahrzehnt genommen hat, der aber in einem Arbeiter- und Bauernstaat natürlich ungleich schwerer zu bewerkstelligen ist. Denn niemand hat sich bis heute konkret dazu geäußert, wann und wie man die gegenwärtige Entwicklung zu mehr sozialer Ungleichheit wieder in eine zu mehr sozialer Gleichheit umwenden kann und will. Die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz jedenfalls wird ihre neu erworbenen Privilegien aller sozialgeschichtlichen Erfahrung nach so schnell nicht wieder hergeben. Vielmehr legt ihr zunehmender ökonomischer wie ideologischer Einfluß die Vermutung nahe, daß sie ihre elitären Standespositionen eher noch weiter ausbauen wird.